

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

<p>Ercheint wöchentlich. Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 M.-Mark. Eingetragen in die Postzeitungsliste.</p>	<p>Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Eichtenberg Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 40, Reichstagsufer 3 Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68</p>	<p>Inserationspreis: Geschäftsanzeigen: die sechsgepaletete Nonpareillezeile 60 Goldpfennig. Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.</p>
---	--	---

- Geschichtskalender: 14. bis 20. August.**
- 14. August 1891: Vorsitzender Wiehle vom Gauverein Hannover des Brauerverbandes erläßt Aufruf für Anschluß des Verbandes an freie Gewerkschaftsrichtung.
 - 15. August 1925: Rößler tritt sein Amt als Sekretär im Verbandsvorstand an.
 - 16. August 1892: Aussperrung von 1200 Brauereiarbeitern in Hamburg wegen Nichtunterzeichnung eines Reberfes, der ihnen die Zugehörigkeit zum Verband verbot.
 - 16. August 1898: Brauereiarbeiterstreik in Gera. Wochenlöhne. Tarifvertrag.

- 16. August 1900: Gewerbegericht Hannover spricht Kollegen Kleinert die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn (§ 616 BGB.) für 5 1/2 Tage zu.
- 17. August 1885: 1. Verbandstag in Berlin. Gründung des Allgemeinen Brauerverbandes.
- 17. August 1885: Gründung des Gauvereins Kassel.
- 18. August 1889: Gründung des Ortsvereins Frankfurt a. M. vom Mühlenverband.
- 18. August 1922: Mühlenarbeiterstreik in Berlin.
- 20. August 1924: Mühlenarbeiterstreik in Breslau und Niederschlesien.

Gerade jetzt ist deshalb der Moment zu einem großen Werben günstig.

Die Hauptaufgabe jeglicher Werbearbeit fällt immer den Funktionären in den Betrieben zu. Eigentlich müßte sich jedes Mitglied der Organisation als Funktionär betrachten und als solcher wirken. Alle müssen sich, angepornt von ihrer Ueberzeugung vom Wesen und Wert gewerkschaftlichen Wirkens, selber wieder einmal vertiefen in die Gedankengänge unserer Bewegung und sich aus eigenem Können das Material vergegenwärtigen, das zur Verwendung in der persönlichen Werbung geeignet ist, das Ueberzeugungskraft besitzt und der Widerrede der Umworbenen standhält. Wir müssen ja auf jeden Widerspruch gefaßt sein. Und da gilt es nicht, große, wohlgefehte Reden zu halten, sondern bereit und in der Lage zu sein, auf jeden Einwand einen Grund für die Erwerbung der Mitgliedschaft folgen zu lassen.

Wer will sich ausschließen?!

„Es ist nicht wahr, daß das Zeitalter der Maschine und ihrer Menschen der großen konstruktiven Geistigkeit entbehre, ohne die die Menschen nun einmal verloren sind. Es ist nicht wahr, daß uns allen, allen, allen ein großes Massengrab bereits geschaufelt sei. Es ist nicht wahr, daß unsere Tage und Jahre Sprauschnipsel seien und nichts als das. Dies Zeitalter der Maschinen und ihrer Menschen hat eine Geistigkeit hervorgebracht von ungeheurer Kühnheit und tiefglühender Inbrunst ethischer Willensbeseelung. Ein Massenentschluß, den Fluch der dahingegangenen Geschlechter, die Scheidung in Klassen, die Verfremdung der Menschen, zu überwinden, liegt vor. Massenentschluß reiste zu Massenaktion. Massenaktion bestimmte Geschichte. Zü kommende Entwicklung auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiete ist bestimmt durch proletarische Entschlüsse. In klarer Eindeutigkeit hat der Griffel der Klio in die Linien des Initials des neuen Kapitels der Menschheitsentwicklung das proletarische Antlitz eingezeichnet.“

Diese wichtigen Sätze schrieb Friedrich Wendel. Wir möchten, daß wir solche Worte wie ein gewaltiges Riesentransparent über die ganze proletarische Welt wölben könnten. Vielleicht, daß dann die vielen zagen und gleichgültigen Arbeiter sich eher auf ihre Pflicht vor der Geschichte und vor sich selber besinnen würden. Vielleicht, daß auch sie dann endlich einmal das Große und Erhabene der proletarischen Organisationen empfinden könnten. Gleichzeitig aber auch sind diese Worte eine erhabene Ehrung aller derjenigen, die in der großen Kämpferfront stehen und insbesondere derer, die zuerst den Aufbau unserer Bewegung in Angriff nahmen. Verlacht, verhöhnt und verfolgt wurden jene Männer, die ihrer Zeit vorausgeeilt waren und vor ein paar Jahrzehnten in Erkenntnis kommender Entwicklung die Wegweiser aufstachelten, die in die Zukunft und das Werden des neuen Jahrhunderts zeigten. In heiligem Glauben an ihre Sache aber und im Vertrauen auf die Arbeiterklasse blieben sie von dem Spotte der Welt unberührt. Sie schauten das wachsende Brüderheer und wußten, daß aus diesen Reihen auch für ihre Sache Legionen Streiter erstehen und an ihre Seite treten werden. Ein Stück neue Geschichte hat damit an, denn das Ziel war: dem neuen Geschlecht eine neue Welt. Der überraschend schnell die Welt erobernde Kapitalismus witterte Gefahr. Und was damals einer reaktionären Fürstenerregung nicht gelungen war, die anklagenden proletarischen Führer stumm zu machen, das wollte nun das selbstherrliche Unternehmertum selbst vollbringen.

Der organisierte Arbeiter ward zum Freiwilligen erklärt! Geheht und gejagt von einer Arbeitsstelle zur anderen, wurde jedem nur dann Gnade versprochen, wenn er aus der verhassten freien Gewerkschaft austrete. Ganze Tragödien spielten sich ab in jener Zeit. Wie oft brach einer dieser Mutigen wie ein todmüdes Reh am Lebenswege zusammen und zog es doch vor, eher zu sterben wie seiner Ueberzeugung untreu zu werden. Aus Hunger, Siend; und Drangsal heraus ist die freie Gewerkschaftsbewegung emporgewachsen. Aber sie ist gewachsen!

Ach, wie gilt das heute vielen Arbeitern so selbstverständlich! Die meisten kümmern sich gar nicht um all die Schwierigkeiten, die in jahrzehntelangem Ringen beseitigt werden mußten, bis die freien Gewerkschaften, wie überhaupt die Arbeiterbewegung, zu der Machtposition gelangten, die sie heute innehaben. Die Gewerkschaften sind heute die Träger des kulturellen Werdens innerhalb der Arbeiterklasse. Sie sind der Ausdruck sieghafter Kraft und Mannhaftigkeit des Proletariats und zeugen von ungebrochenem Menschenstolz und dem Triumph über slavische Unterwerfung. Nicht mehr verfolgt und beschimpft, sondern

anerkannt und geachtet als Hüter der staatspolitischen Rechte der gesamten Arbeiterschaft, stehen heute die Gewerkschaften da, um über die politische Anerkennung hinaus den Kampf zu beginnen um gleiches Recht im Wirtschaftsleben.

Was in dieser Entwicklung durch die Gewerkschaften bis heute schon errungen ist, wird leider von Millionen Arbeitern noch nicht begriffen. Immer sind es Regionen, die mit einer Selbstverständlichkeit die errungenen Vorteile genießen, daß es schon bald an Charakterlosigkeit grenzt. Ohne Mark und Knochen und vollständig unmännlich im Charakter tappen sie jahraus, jahrein von Hause zur Arbeit und wieder zurück. Viele sind noch dazu so dumm dreist, wenn man sie auf ihre Pflicht, sich organisieren zu müssen, aufmerksam macht, zu erwidern: „Bezahle du doch, ich krieg so viel wie ihr auch!“ Das ist natürlich ein Zustand, den es unter allen Umständen zu beseitigen gilt. Der einzelne Arbeiter, das wissen wir nur zu gut, ist macht- und rechtlos und ohnmächtig jeder Willkür ausgeliefert. Die einfachsten Tatsachen also, jede Arbeitsschicht, hämmern uns den Zwang ein zu solidarischem Zusammenstehen und zu organisiertem Zusammenschluß. Und all dem gegenüber bleiben jene Unorganisierten blind, scheinen ihre schwachvolle Stellung und ihr noch viel schwachvolleres Verhalten gar nicht zu empfinden.

Es scheint wenigstens so. Aber es kann doch unmöglich wirklich so sein! Es muß als ausgeschlossen gelten, daß so viele Arbeiter, die heute unorganisiert sind, als schwachsinzig betrachtet werden müssen. Sicherlich sind viele Zehntausende darunter, die aus irgendeinem Vorwande in verärgelter Stimmung einmal der Organisation den Rücken kehrten und nur noch durch falsche Scham abgehalten werden, wieder zu uns zu kommen. Andere wieder werden da sein, die in den schweren Zeiten der Inflation durch demagogische Verheißung aus unseren Reihen fortgetrieben wurden und den Mut noch nicht fanden, zurückzukehren. Aber sei dem wie es will. Wenn es wirklich nicht Dummheit ist, was all die Unorganisierten von uns fernhält, wenn überhaupt eine Möglichkeit besteht, dieselben in unsere Reihen hineinzubringen, dann muß die nächste Zukunft hier unser ganzes Wollen und Wirken finden. Jeder muß sich einsehen, mit all seinen Fähigkeiten den letzten Berufskollegen in die Organisation hereinzuholen. Immer wieder hört man die Klage, daß die Organisation nicht genug Erfolge erziele. Fest steht — das wird wohl der Berstodteste nicht abstreiten können —, daß ohne Organisation überhaupt nichts erreicht worden wäre. Ebenso fest aber besteht die Tatsache, daß an dem geringen Erfolge nur einzig und allein die Unorganisierten die Schuld tragen.

Heute weiß alle Welt, daß jeder Fortschritt, jeder Aufstieg, auch der kleinste Erfolg nur einer organisierten Kraft möglich sein kann, nur die indifferente Arbeiterschaft will es nicht begreifen. Und wer soll sie es lehren? Das können nur wir selber. Wir haben zwar keine Schulen und Institute, in die unsere Unorganisierten zwangsläufig kommen müßten. Aber wir haben sie doch um uns herum, täglich auf der Arbeitsstelle, auf dem Arbeitswege, in der Nachbarschaft und in Gesellschaft. Hier haben wir einzusetzen. „Hier“ — das heißt überall, wo wir überhaupt mit einem Unorganisierten zusammenkommen. Ununterbrochenes fortgesetztes Werben um neue Mitglieder muß direkt zu einem Nebenberufe des organisierten Arbeiters werden. Wir bräugchen sie, alle, die vielen Tausende, die abseits stehen. Soziale Fragen, Lohnfragen, sind Nachfragen. Gerade unsere Zeit läßt diese Tatsache wieder besonders hell erkennen. Unsere heutige schwere Krise wird das alles auch schon den Unorganisierten zum Bewußtsein gebracht haben.

Vor allen Dingen gilt es, wenigstens alle die zurückzuholen, die schon einmal, vielleicht jahrelang in unseren Reihen standen und schließlich doch wieder weggelaufen sind. Aus der geschlossenen Werbearbeit der Kollegen selber soll auch diesen wieder neuer Mut erwachsen. Aufs neue soll die Begeisterung geweckt werden, die nach Ende des Weltkrieges die gesamte Arbeiterschaft zu fortschrittlichem Handeln drängte und ihr so manchen Vorteil gegenüber der Vorkriegszeit einbrachte. Soll diese Begeisterung erweckt werden, dann darf aber nicht das Negative, nicht das, was die Gewerkschaften nicht erreicht haben, in den Vordergrund gestellt werden, sondern das Positive. Es gibt gewiß noch viel, was zu den Forderungen der freien Gewerkschaften gehört, und nicht erfüllt ist. Aber das kann keine Entschuldigung sein für Unorganisierte. Sie sind ja gerade die Ursache, weshalb es nicht schneller vorwärts geht, ja manchmal rückwärts zu gehen scheint. Sicherlich ist den Organisationen der Arbeiterschaft vieles wieder verloren gegangen, was nach dem Umsturz an sozialen Errungenschaften gewonnen war. Aber wer war denn schuld? Die Novemberumwälzung 1918 brachte überraschend schnell einige ganz gewaltige Verbesserungen. Für viele hatte dieser schnelle Erfolg den Nachteil, daß sie das Errungene nicht voll zu schätzen wußten und dann auch in der trügerischen Hoffnung lebten, alle Blütenträume müßten nun ebenso schnell reifen. Die rauhe Wirklichkeit lehrte aber etwas anderes. Waren die Massen immer schuldlos an dem Verlust des bereits Errungenen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Tausende haben eher der Gewerkschaft den Rücken gekehrt, anstatt den Kampf gegen die Unterdrückung zu führen. Und wie viele Tausende, die vor dem Kriege den Mut nicht fanden gegenüber dem Wirgen der Reaktion, in die freien Gewerkschaften einzutreten, glauben heute schimpfen und lästern zu dürfen über diese Bewegung, die die Arbeiterschaft „verraten“ würde, weil sie nicht gestern schon das Paradies geschaffen, oder wenigstens morgen es verwirklichen will? Ihnen gilt es klar zu machen, daß das Leben erkämpft sein will in zähem, andauerndem Ringen. Beweisen denn all die „mutigen Deserteure“ nicht, daß gerade sie selber mit ihrer Flucht aus den Gewerkschaften bestätigt haben, daß sie zu schlapp sind, mit dem Leben zu ringen? Weil die Millionen anderen nicht so machten, wie sie es gerade für richtig hielten, deshalb gehen sie einfach und lassen alles laufen, wie es laufen will.

Und doch gehören sie zu uns, zur Arbeiterklasse, zum schaffenden Volke. Wir müssen versuchen, sie alle zurückzugewinnen. Das letzte Mitglied muß sich in den Dienst der Sache stellen, um den letzten Unorganisierten in die Organisation zu bringen. Wer will sich ausschließen?

Zur Diskussion über den Zusammenschluß.

Demokratische Grundsätze.

Wenn in der Diskussion bei Für und Wider größtenteils das Bestreben beobachtet werden konnte, bei Vermeidung gegenseitiger Härten die Sache zu behandeln, so treten aber doch in der letzten Zeit Meinungen zutage, die weit über das Maß dessen hinausgehen, was erlaubt und verlangt hätte werden können.

Durch verschiedene Meinungsäußerungen könnte man fast glauben, jedes objektive Denken und dementsprechendes Handeln hätte aufgehört. In den Mitgliederversammlungen kommen dadurch Redewendungen in Erscheinung, die man noch vor Wochen als unmöglich halten konnte. Die

Heute Beilage: Verkehr und Technik Nr. 8.

Kollegen erklären: „Alle, in der Arbeiterbewegung ergraute Kollegen vertreten den Standpunkt, daß die Verschmelzung nicht kommen darf und wenn ältere Kollegen diesen Standpunkt einnehmen, so schließen wir uns dem an.“ Noch vor Wochen Anhänger einer Verschmelzung, wird jetzt von ellenlangen Monstrum gesprochen, gleichviel, ob der Satzungsentwurf überhaupt durchgelesen wurde.

Derartige Schlußfolgerungen durften nicht kommen zum Gaudium derer, die die Verschmelzung systematisch hintertreiben. Etwas mehr Objektivität in der Beurteilung der Sache mußte schon geübt werden. Denn der Entwurf in seinem Wortlaut gibt vorerst zu allzu großer Beunruhigung keine Veranlassung, zumal noch Abänderungen möglich sein werden und müssen, sonst wäre eine Diskussion in der Sache überhaupt überflüssig gewesen.

Wenn bei den Auseinandersetzungen immer wieder der Kollege B a c e r t zitiert wird, der in seinen Betrachtungen über die Arbeiten der Zusammenschlußkommission einen Hinweis gebracht haben soll, monach der Satzungsentwurf für den neuen Verband, wie er uns vorgelegt wurde, ohne Aenderung angenommen werden müßte, so trifft eine derartige Auslegung gar nicht zu; denn Kollege B a c e r t schrieb wörtlich: „In diesen Grundlinien des neuen Verbandes kann nichts mehr geändert werden.“ Somit war hier nicht von dem Satzungsentwurf in seinem Wortlaut, in seiner ganzen Verfassung, sondern nur von Grundlinien die Rede.

Wenn heute gesagt wird: „Wir schicken die Zusammenschlußkommission mit diesem ellenlangen Monstrum (eigenständlicher Standpunkt! Sind denn unsere Statuten kürzer?) nach Hause, bis sie in der Lage sein wird, uns etwas anderes vorzulegen, so wäre demjenigen, die diese Meinung vertreten, die Meinung des Kollegen Schülein-Magdeburg, auch kein Meuling in der Arbeiterbewegung, ins Gedächtnis zurückzurufen. Denn Schülein schreibt: „Eines gibt es nur, entweder es wird der Weg frei, um zum Ziel der Industrieorganisation zu gelangen, oder aber es wird auf absehbare Zeit sich nicht wieder Gelegenheit bieten, dazu zu kommen.“ Besser kann doch der Ernst der Sache nicht charakterisiert werden. Denn die heutigen Gegner einer Verschmelzung geben sich Illusionen hin, die sich schlecht auswirken können.

Wenn bei jeder passenden oder auch nicht passenden Gelegenheit darauf hingewiesen wird, daß in der Diskussion jedem die Möglichkeit gegeben sein muß, seiner Meinung entsprechend die Sache frei und ungehindert zu vertreten, so soll es auch hier geschehen und es dürften hierüber Zweifel auch nicht bestehen, insofern nicht unsere demokratischen Grundsätze in der größten Weise verletzt werden.

Wo soll es aber hin führen, wenn eine Beeinflussung der freien Willensbestimmung, wie bei der bevorstehenden Wahl zum Verbandstag, wo es heißt: „Nur einem Gegner der Verschmelzung die Stimme usw.“ weiter in den Gewerkschaften Platz greifen sollte. Denn die bis jetzt gemachten Erfahrungen bei wichtigen Abstimmungen oder Anlässen, wo die Mitglieder ohne Einspruch die Entscheidung treffen konnten, zeigten doch zu jeder Zeit ein günstiges Resultat. (Siehe Urabstimmung über die Verschmelzungsfrage.) Und es kann insofern nicht behauptet werden, das Resultat wäre noch günstiger, wenn die Sache nicht doch von gewisser Seite beeinflusst worden wäre.

Wir „ziehen“ doch nicht in einen Wahlfampf, um dem politischen Gegner gegenüberzutreten. Es wird doch weiter nichts, als wie einem Beschluß des Augsburger Verbandstages entsprechend gehandelt. Warum nur diese Stellungnahme gegen Mehrheitsbeschlüsse der Organisation und gegen Verwirklichung jahrzehntelanger Ideen. Warum nicht Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse?

Sollte tatsächlich eine Verschmelzung nicht über die Bühne gehen, dann müßte der letzte Verbandstag in Augsburg erklären: Verschmelzung mit den in Frage kommenden Organisationen ist nach den gesammelten Erfahrungen in weite Ferne gerückt und längere Zeit aus dem Bereiche der Möglichkeit getreten. Es mußte erklärt werden: Für was die langwierigen Kommissionsverhandlungen, wozu Kommissionsarbeit. Nachdem aber der Verbandstag in Augsburg sich einstimmig auf den Standpunkt einer Industrieorganisation gestellt hatte und eine sechsgliedrige Kommission beauftragte, erneut die Verhandlungen mit den Bäckern usw. zwecks Bildung einer Industrieorganisation aufzunehmen, dürften doch jetzt derartige Entgleisungen in einer gefunden Diskussion nicht mehr zutage treten. Zumal von Kollegen, die auf dem Verbandstag einer Verschmelzung das Wort redeten. Oder es hat nur derjenige das richtige erkannt und erfaßt, der sich heute als Gegner der Verschmelzung bekennet. Oder die Delegierten auf dem Verbandstag in Augsburg, sowie die 33000 Kollegen, die im Juni 1926 für die Verschmelzung gestimmt haben, wußten überhaupt nicht was sie wollten.

Auf die Meinungsäußerungen im allgemeinen einzugehen, werde ich mir versagen, nur zur Frage der Erwerbslosenunterstützung erlaube ich mir noch zu bemerken, daß meines Erachtens die in Augsburg beschlossenen und seit 1. Januar 1927 eingeführten Unterstützungssätze für die Dauer doch nicht aufrechterhalten werden können, um nicht andere Fragen in unserer Organisation zu gefährden.

Zum Schluß möchte ich bemerken, daß es mir fernliegt, irgend persönliche Polemiken herbeizuführen, sondern mich lediglich um den Stand gegen verschiedene Meinungsäußerungen wandle, insofern verlangt wird: Nur einem Gegner der Verschmelzung die Stimme zu geben usw. Ich bekenne dieses mit unseren demokratischen Grundsätzen und jahrzehntelangen Gepflogenheiten als nicht vereinbar und deshalb Opposition!

Lasse jedem seinen Willen!

Schäfer - Darmstadt.

Der Satzungsentwurf, der uns vorliegt und zur Diskussion gestellt ist, wurde schon von verschiedenen Kollegen aus mehreren Gauen einzeln oder in kleineren Gruppen kritisiert. Es muß offen ausgesprochen werden, daß die Mehrzahl die bis dato gesprochen, sich als offene Gegner dieses Entwurfs bekennen, und dieses mit Recht.

Wenn wir hier in Kulmbach bei der Abstimmung trotz dem von 583 abstimmenden Kollegen 25 für und 328 gegen

die Verschmelzung aufbrachten, so glaube ich behaupten zu können, wenn damals schon der Entwurf vorgelegen hätte, waren keine zehn Stimmen für die Verschmelzung abgegeben worden. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß wir in Kulmbach absolute Gegner der Verschmelzung sind, aber wohl Gegner dieses Entwurfs. Wir sagen hier in Kulmbach im Gegenteil, eine Verschmelzung mit den Böttchern und Fleischern könnte ruhig kommen, ohne daß an unserm Statut viel zu ändern wäre, und gehen noch weiter und sagen, eine Verschmelzung mit den Böttchern müsse kommen.

Ich will nicht auf einzelne Paragraphen des neuen Entwurfs eingehen, nur herausgreifen möchte ich, daß Vorteile gar nicht in Aussicht stehen, aber Nachteile über Nachteile. Aus all den Gründen ist die Einstellung des Delegierten im 28. Wahlkreis nicht schwer, seine Entscheidungen in Leipzig zu treffen.

* * *

„In die Ecke mit der Zeitung“, so könnte man nun schon wochenlang sagen, wenn die Verbandszeitung ankommt und man liest jedesmal fast dieselben Ausführungen, die uns nun zum 99. Male vorgelesen werden. Ich meine, der Raum einer Verbandszeitung sollte doch zu wertvoll sein, als daß in jeder Nummer die Unterstützungsfähigkeit kritisiert werden. Ich kann mich in meiner 32jährigen Mitgliedschaft nicht erinnern, daß man jemals um die Unterstützungsfähigkeit oder -dauer so geseifelt hätte. Die Schlagkraft der Organisation muß meines Erachtens vorangestellt werden und nicht die Unterstützungsfähigkeit. Wir sollten nun doch endlich von unseren Unternehmern soviel gelernt haben, daß wir nur geschlossen etwas erreichen können, und deshalb Kollegen, macht Schluß mit der Diskussion und wählt Kollegen zum Verbandstag, die der Verschmelzung zustimmen. Ist das Haus gebaut, dann können wir uns daselbst schon wohnlich einrichten in den nächsten Jahren.

Sch a n z e, Sondershausen.

Die bis jetzt vorliegenden Ausführungen einer Reihe von Kollegen über die Verschmelzungsfrage lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß auch die begeistertsten Anhänger derselben jetzt, nachdem der Statutenentwurf vorliegt, ein recht dickes Haar in der Suppe gefunden haben, und die Gegner der Verschmelzung werden es der Kommission, die dieses Monstrum von Entwurf zur Welt gebracht hat, Dank wissen, daß ihnen von dieser Seite, ob gewollt oder ungewollt bleibe dahingestellt, so tatkräftig in die Hände gearbeitet worden ist.

Was bringt uns denn nun dieser Entwurf? An Verbesserungen absolut gar nichts, im Gegenteil, man müdet uns unerbörte Opfer zu nicht nur auf finanziellem Gebiet durch Abbau sämtlicher Unterstützungseinrichtungen, sondern man verliert auch zu gleicher Zeit, das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder mit einem Schläge zu beseitigen. Es erinnert an das Gottesgnadenrecht mittelalterlicher Zeiten, der ja auch seine Minister ernannte und wegierte, wie es ihm paßte, wenn man in diesem Entwurf dem Hauptvorstand das Recht einräumt, bei den Wahlen zum Verbandstag und Beirat die Kandidatenlisten selbst zusammenstellen zu dürfen, und es paßt zu dem Begriff „Gewerkschaftsdemokratie“ wie die Faust aufs Auge, wenn der Hauptvorstand weiter das Recht haben soll, in Zahlstellen mit Angestellten, diese zu Vorstehenden zu ernennen, die sich nicht zur Wahl zu stellen brauchen, sondern nur vom Hauptvorstand selbst abberufen werden können. Kollegen! Ich bin der unmaßgeblichen Meinung, daß wir uns das gute Recht nicht nehmen lassen werden, gegen derartige diktatorische Gelüste der Hauptverwaltung noch manch kräftig Wortlein zu sagen.

Die Zusammenlegung des Verbandsbeirates geschieht nach denselben Grundsätzen. Damit man von vornherein die Majorität hat, werden aus den Reihen der Hauptverwaltungsmittglieder und Gauleiter mindestens 25 Mitglieder ernannt, wogegen 15 Mitglieder von der gesamten Kollegenchaft gewählt werden dürfen, allerdings unter Aufsicht und Leitung des Hauptvorstandes. Daß bei einem derartigen Kräfteverhältnis die Kollegen niemals irgendwelchen Einfluß im Beirat erlangen können, dürfte jedem einleuchten. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß diese Einrichtung, ein Produkt der Inflationzeit, heute vollständig überflüssig ist und wieder zu verschwinden hätte.

Eine besondere Glanznummer leistet man sich bei der Zusammenlegung des Verbandsvorstandes insofern, als man uns hier als zukünftigen Chefredakteur einen Mann präsentiert, der als begeisterter Anhänger der Trockenlegung Deutschlands und des Gemeindebestimmungsrechts bekannt ist. Da ist wohl die Frage gestattet: Ist man sich denn in unserer Hauptverwaltung klar, wie sich dieser Umstand bei zukünftigen Verhandlungen mit dem Unternehmertum auswirken wird? Soll die weitaus stärkste und beststudierte Arbeitergruppe in diesem geplanten Industrieverband, die ständig gegen die Untergrabung ihrer Existenz durch diese fanatischen Wasserapostel angekämpft hat und noch ankämpft, in Zukunft sich in jeder Zeitungsziffer mit dem abgestandenen Kahl von der Alleinbesitznahme des Wasserkaufens füttern lassen, oder verfügt dieser gute Mann über so viel journalistische Selbsteigenschaft, daß er kann schreiben rechts und kann schreiben links, daß er das, was er heute in den Himmel hebt, morgen in Grund Boden verdammt. Wir Brauereiarbeiter haben jedenfalls alle Veranlassung, uns entgegen den dagegen zu weiden, daß unser zukünftiges Verbandsorgan derartigen Händen anvertraut wird.

Die Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung in der vorliegenden Form dürfte sich als Fehlschlag erweisen. Zurückzuweisen ist ohne weiteres die Bestimmung, daß unterstützungsberechtigt nur solche Mitglieder sein sollen, deren Einkommen einschließlich Rente nicht mehr wie 60 Proz. der gleichen Arbeiterkategorie am gleichen Orte beträgt. Mit Verlaub, Ihr Herren Kommissionsmitglieder. Diese Invalidenbeiträge sind als Pflichtbeiträge gedacht, und wo Pflichten sind, da sind auch Rechte. Jeder Arbeiter, der jahrelang seine Pflichtbeiträge gezahlt hat, hat, wenn er unterstützungsbedürftig wird, ein Recht auf Unterstützung, unbekümmert um seine persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse. Er steht hier nicht als Almosenempfänger, der schließlich erst durch Dienenbarungszeit seine Notlage glaubhaft machen muß, sondern als gleichberechtigter Kontrahent. Kann man sich von Vorstandseite zu dieser Auffassung nicht

ausschwingen, weil dazu die Schaffung eines Reservefonds notwendig ist, dann belasse man es ruhig bei dem bisherigen Zustand, und versuche überhaupt ohne Beitragserhöhung auszukommen, zumal es sich meines Erachtens nur um ein Uebergangsstadium handeln kann. Grundsätzlich gehört die Schaffung solcher Einrichtungen überhaupt nicht zu den Obliegenheiten der Gewerkschaften. Es ist Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter, der infolge Alters oder Invaldität aus dem Produktionsprozeß ausscheidet, auch die Mittel erhält, die ausreichen, um den Rest seines Lebens bei bescheidenen Ansprüchen hinbringen zu können. Das, was heute jedem letzten Unterbeamten im Staats- oder Gemeindedienst sowie jedem kaufmännischen Angestellten zugebilligt wird, sollte sich auch für die Arbeiterschaft ermöglichen lassen. Hier erwächst den Arbeitervertretern innerhalb und außerhalb der Parlamente ein weites Tätigkeitsgebiet, deshalb halte ich es auch für falsch, wenn durch Schaffung solcher Einrichtungen wie die Invalidenversicherung, der Staat von seiner Pflicht, genügende Mittel für die Arbeiter bereitzustellen, entbunden wird.

Als eine unserer Hauptaufgaben haben wir es immer betrachtet, in den uns zustehenden Betrieben eine geschlossene Front der Arbeiterschaft herbeizuführen, und deshalb begrüßen wir auch den Zusammenschluß mit den Böttchern als einen weiteren Schritt auf diesem Wege. Um so nachdrücklicher sollten wir eine Verschmelzung mit den Bäckern und Fleischern ablehnen, denn es steht ohne weiteres fest, daß uns diese Verschmelzung in bezug auf Einheitsfront und Aktionsfähigkeit auf lange Jahre zurückwirft. Haben wir jetzt schon genug Streitigkeiten mit dem Verkehrsband, so wird nach der Verschmelzung dadurch, daß wir als Kontrahenten noch die Fabrikarbeiter sowie die bei den Bäckern und Fleischern stark vertretenen Hirsch-Dunckerischen, gelbe Brüderschaften, Christen usw. erhalten werden, für uns die Sache nicht schmachhafter, denn daß bei einem derartigen Sammeljurium von Vereinen bei irgendwelchen Verhandlungen der Unternehmer stets den Schlauchen macht, dürfte ohne weiteres einleuchten.

Nun beabsichtigt man ja auch eine Finanzreform in der Weise, daß von den Beiträgen 10 Proz. den Lokalfassen verbleiben sollen. Daß diese bei den Mehrausgaben, die man uns dafür aufhält, nicht ausreichen werden, ist schon mehrfach ausgeführt worden, dort wo sie nicht ausreichen, sollen die Mehrausgaben durch Erhöhung der Lokalfassbeiträge gedeckt werden. Würde dieser Entwurf Gesetz, dann hätten wir uns in verhältnismäßig kurzer Zeit mit der Tatsache abzufinden, daß selbst bei den heutigen Löhnen Wochenbeiträge von 2 Mk. und darüber gezahlt werden müßten, und was wäre die Folge? Daß mancher, namentlich aus den Reihen der jüngeren Hilfsarbeiter, die ja öfter in die Lage kommen, in verschiedenen Industrien ihrem Erwerb nachzugehen zu müssen, ihrer Verbandspflicht da genügen, wo sie es bedeutend billiger haben können, und die lachenden Erben sind hier wieder Verkehrsband, Fabrikarbeiter usw.

So sehen die Vorteile auf finanziellem und agitatorischem Gebiete aus. Man zerlegt uns eines Phantoms willen im Handumdrehen das, was in jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit am inneren und äußeren Ausbau unserer Organisation geleistet worden ist.

Was bringt uns die Verschmelzung sonst noch? Eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer um das Doppelte bis Dreifache; einen Mitgliederzuwachs, von denen annähernd die Hälfte weibliche sind, die, wie behauptet wird, überwiegend einen Pflichtbeitrag von 10 Pf. pro Woche zahlen. Daß diese weiblichen Mitglieder auf der Plusseite nichts bedeuten, auf der Minusseite dagegen sehr viel, liegt auf der Hand. Wir erhalten von den Bäckern bei 52000 Mitgliedern 91 Angestellte aufgeschafft, während wir bei 70000 Mitgliedern über 81 Angestellte verfügen. Der ganze Verwaltungsapparat wird dadurch nicht billiger, wie die Anhänger der Verschmelzung behaupten, sondern teurer, und man kann es verstehen, wenn unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse, die bei den Fleischern ähnlich liegen, die Kommission unsere Unterstützungseinrichtungen so großzügig ausmangelt.

Ein weiterer Grund gegen Verschmelzung liegt in der schwachen Beteiligung bei der Urabstimmung. Während sich von unseren Kollegen 70 Proz. an der Abstimmung beteiligten, waren es bei den Bäckern kaum 30 Proz., bei den Fleischern 35—40 Proz. Die sich in diesen Ziffern ausdrückende Interesslosigkeit der Bäder und Fleischer konnte meines Erachtens niemals eine tragfähige Grundlage für Verhandlungen abgeben und hätte unsere Hauptverwaltung die Verschmelzungsfrage ohne weiteres ad acta legen sollen.

Was wir brauchen, ist nicht Verschmelzung, bei der alle Voraussetzungen zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten fehlen, bei der sich die Reibungsflächen mit andern Verbänden noch vergrößern. Was wir brauchen, ist Zusammenfassung aller Kräfte in unsern eigenen Reihen, und daß der nächste Gewerkschaftskongress nach dieser Richtung hin endlich mal Beschlüsse faßt und auch zur Durchführung bringt, dahin zu wirken, muß Aufgabe unserer Delegierten sein. Nicht große Massen und große Zahlen beweisen die Stärke einer Organisation, Kollege Schülein — die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat genügend Beispiele dafür — sondern das Fundament, die Geschlossenheit der Mitglieder und der finanzielle Rückhalt.

Daß die Hoffnungen auf eine Verschmelzung auch bei den begeistertsten Anhängern dieser Idee keine allzu großen sind, beweist Kollege Schülein damit, daß er mit dem Gedanken spielt, den § 58 unseres Statuts einer Revision zu unterziehen. Da nach § 58 die Auflösung unseres Verbandes auf dem Verbandstag nur mit Vierfünftelmehrheit möglich ist, stehen die Aktien der Verschmelzungsfreunde schlecht. Daß man bei den Freunden der Verschmelzung versuchen wird, diesen Passus noch vorher in ihrem Sinne umzumodeln, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, und vielleicht hat Kollege Schülein in einer schwachen Stunde etwas ausgeplaudert, was für die Deffentlichkeit noch nicht bestimmt war.

Kollegen! Seid auf der Hut, schützt euch vor unliebhabenen Ueberraschungen, und das könnt ihr am sichersten dadurch, daß ihr bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag einem Gegner der Verschmelzung eure Stimme gebt.

Erk Hornig, Leipzig.

Zum Verbandstag.

Nachdem von der Nr. 22 unseres Verbandsblattes bis zur jetzt erschienenen Nummer in der Diskussion über die Verschmelzung schon genügend alle Mängel des Satzungsentwurfes erörtert wurden, möchte ich näher darauf nicht eingehen, jedoch möchte ich nur noch erwähnen, daß der ganze Satzungsentwurf einer gründlichen Ausbesserung bedarf. Die Verschmelzung mit den Rüstern muß ich befürworten, da diese Arbeiterkategorie mit uns Hand in Hand geht. Bei allen anderen Gruppen erachte ich jedoch diese Angelegenheit für noch nicht ganz spruchreif.

Nun zur Wahlkreiseinteilung: Wenn ich die Nr. 28 mit der Wahlkreiseinteilung betrachte, so entsteht in mir der Gedanke, daß die betr. Kommission, die die Aufstellung gemacht hat, sich erstens nicht nach den Satzungen richtet und zweitens nicht ganz geographisch orientiert ist, und zwar möchte ich bloß vom Wahlkreis 38 sprechen, trotzdem viele übrige Wahlkreise daselbe bemängeln werden. Der § 31 unserer Statuten besagt folgendes: Bei der Wahlkreiseinteilung sind die bestehenden Agitationsbezirke möglichst zugrunde zu legen. Dies trifft bei uns nicht im geringsten zu, nachdem man es gut verstanden hat, diesen ganzen Bezirk zu zerreißen. Der Agitations- und Unterbezirk Mannheim-Ludwigshafen setzt sich aus elf Wahlstellen zusammen, worin die vorgeschriebene Mitgliederzahl enthalten ist. Nun sind hiervon vier Wahlstellen getrennt worden und anderen Bezirken zugeteilt, so z. B. zu Wahlkreis 36 hat man die Wahlstelle Rüssel, die ganz im Westen der Pfalz liegt, zugeteilt; aus dem Wahlkreis 37 hat man Kaiserslautern, sozusagen das Herz der Pfalz, herausgerissen; dem Wahlkreis 41 hat man Speyer und dem Wahlkreis 46 Zweibrücken aus der Westpfalz zu Koblenz und Tachen im Rheinland und Osnabrück in Westfalen zugeteilt. Solch eine Einteilung von Wahlkreisen gehört einer Kritik unterzogen und muß unter allen Umständen geändert werden.

Nun Kollegen, betrachtet an Hand der Nr. 28 unseres Verbandsorganes und der Karte von Deutschland die Wahlkreiseinteilung. Leo K. Leinert, Neustadt a. d. Haardt.

Aus den ganzen Besprechungen über den Zusammenschluß bleibt die Tatsache bestehen, daß nicht ein einziger den Satzungsentwurf so annehmen möchte, wie er vorliegt, noch nicht einmal die stärksten Befürworter.

Nun hatte doch aber wohl die Kommission (weiterblickende Kollegen vom „Fack“) gewiß ihre Gründe, daß auf einer Seite Kürzung auf der ganzen Linie, auf der anderen erhebliche Beitragserhöhungen vorgeschlagen werden, also brechen die Schlagwörter wie „leistungsfähiger“, „rentabler“, „verwaltungstechnisch billiger“ usw. vollständig zusammen. Daran würde sich auch nichts ändern, wenn noch kleine Verbesserungen zugestanden werden. Daraus folgert weiter, daß von unseren Berufskollegen (noch bald 30 000) vorläufig fast soviel wie gar keine gewonnen werden, im Gegenteil, für die sogenannten Zwangsmitglieder die beste Gelegenheit zum Abpringen wäre, und dieses betrifft die kleinsten und kleinsten Ortsvereine.

Nun auf Zustrom von Fleischern und Bäckern zu rechnen, hauptsächlich Kleinhandwerk, Ladengeschäfte? Oder glauben die Befürworter, diese stellen sich schnell um? Von allen Berufen sind das die letzten. Die Begeisterung für die Sache in Bäckerversammlungen zeigt etwas anderes. Wo bleibt da das numerische Gewicht eines Verbandes? Von dem schönen Ideal „Opferfreudigkeit“ und dergleichen ist auf weiter Flur nicht viel zu sehen.

Also: wir wollen mit den jetzigen tatsächlichen Verhältnissen rechnen, unser kleines Haus mit gutem Grund und Boden und guter Bedachung erhalten und versuchen, den bald vierten Teil unserer Berufskollegen, der uns noch fernsteht, mit tragbaren Beiträgen und Leistungen für uns zu gewinnen. Nun es so auch Bäcker und Fleischer (nicht zu verkennen, der Boden wird mit der Zeit auch da günstiger), dann kommt der Verband für Nahrungs- und Gemüsmittel. Liebetrau, Weimar.

Wenn wir die Artikel in unserer „Verbands-Zeitung“ zur Frage der Verschmelzung, bzw. die Kritik zu dem Statutenentwurf betrachten, so müssen wir feststellen, daß die meisten der bis jetzt zu Worte gekommenen Kollegen in dem uns vorliegenden und durch das Machtwort der Hauptverwaltung gewissermaßen nicht abzuändernden Entwurf eine geeignete Grundlage zur Verschmelzung nicht erblicken können.

Und das mit vollem Recht! Man ist fast geneigt anzunehmen, daß diese Vogel-sch-oder-sch-Politik eine absolut gewollte ist, um die Verschmelzung mit den in Betracht kommenden Verbänden nicht zustande kommen zu lassen. Diese selbsttätige Einstellung müssen wir unter allen Umständen sofort im Keime ersticken. Für uns Arbeiter des Lebensmittel- und Getränkearbeiter-Verbandes darf nicht maßgebend sein, wegen einer momentanen, vorübergehenden Unterstützungsüberabsetzung in der Bezugsdauer den Zusammenschluß zu vereiteln, sondern für uns stehen weit höhere, wichtigere Fragen im Vordergrund des Interesses.

Mag noch vor dem Kriege die bisherige Form unserer Verbände bei unentwickeltem Kapitalismus genügt haben, so sind sie aber heute gegenüber der konzentrierten kapitalistischen Wirtschaft und den außerordentlich verstärkten, straff durchorganisierten Unternehmerverbänden nicht nur nicht unzeitgemäß, sondern vollständig machtlos. Hinzu kommt noch, daß der Einfluß der Unternehmer auf die Staatsorgane von eminenter Bedeutung ist.

Sch verweise nur auf die in letzter Zeit gefällten Zwangsschiedsprüche, die die kämpfende Arbeiterklasse vollständig in Fesseln schlagen.

Wenn wir nun tagtäglich sehen, wie die Kämpfe der Arbeiterklasse sich wirtschaftlich verschärfen, so kann es für uns nicht zweifelhaft sein, den Weg zu gehen, der zur Steigerung unserer Kampfkraft, zum Zusammenschluß in einen Industrieverband führt.

Auf diesem Wege aber werden uns die größten Hindernisse durch den Statutenentwurf bereitet.

Nach dem Vorhergesagten kann allerdings der Zweck des Verbandes (§ 2) nicht in der Ausschaltung aller parteipolitischen und religiösen Fragen bestehen, wenn selbst in dem gleichen Abschnitt unter (c) „eine Einwirkung auf die

Gesetzgebung zur Erzielung günstiger sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetze“ bezweckt werden soll.

In diesem Falle sind die Kapitalisten doch andere Kerle, wenn sie sagen: „Wo fängt die Wirtschaft an und wo hört die Politik auf?“

In Zukunft müssen wir viel mehr als bisher den Klassenkampfcharakter des zu schaffenden Industrieverbandes betonen. Bisher war in unserem Verbands der Lebensmittel- und Getränkearbeiter der Unterstufungscharakter vorherrschend. Das beweist der Umstand, daß für Kampfzwecke (Gemaßregeln, Streik- und Rechtschuhunterstützung) für das Jahr 1926 nur eine Summe von 87 371 Mk. bei einer Gesamtausgabe von 2 290 474 Mk. verausgabt wurde.

Nun soll nach dem neuen Satzungsentwurf eine weitere Unterstützungsart hinzukommen, und zwar eine Alters- und Invalidenunterstützung. Damit wird nicht nur allein eine ganz erhebliche Beitragserhöhung für die Mitglieder die Folge sein, sondern es werden dem Staate Aufgaben abgenommen, die unbedingt zu erfüllen seine Pflicht ist, und einem Abbau der Soziallasten, wie es ja auch das Programm der Industriellen vorseht, Vorstoß geleistet.

Eine ganze Reihe weiterer Paragraphen, die von anderen Kollegen bereits kritisiert wurden, sind absolut undemokratisch und zeigen eine Verbureaukratisierung mit der Devise: „Zahlen und Maul halten.“

Soll und muß der Industrieverband zur Tatsache werden, so ist es Aufgabe der Delegierten, die Zeichen der Zeit zu verstehen, den Willen der Mitglieder mehrheitlich zu respektieren und den Entwurf so zu gestalten, daß er nicht nur allein Pflichten, sondern auch Rechte für die Mitglieder vorseht und uns auf dem Wege des Klassenkampfes zur Einheitsfront aller Arbeiter der Verwirklichung des Sozialismus entgegenführt. Georg Lippenberger, Köln.

Neue Agitationsmethoden der Lebensmittel- und Getränkearbeiter.

Unter obiger Bezeichnung finden wir einen Artikel in „Proletarier“ und im „Freien Sprecher“ in Neuß, der sich mit einem Versammlungsbericht über eine Delmühlenarbeiterversammlung beschäftigt.

Der Verfasser, Kollege Senkfeil, begibt sich in seinen Ausführungen auf das persönliche Gebiet und vermischt den Sachverhalt vollständig.

Was liegt diesem Streik zugrunde? Seit langer Zeit bemühen sich die beiden Verbände (Fabrikarbeiterverband und christlicher Fabrik- und Transportarbeiterverband), unter Anwendung untauglicher Mittel ein bezirksliches Lohnabkommen für Rheinland und Westfalen Bezirk VI mit dem Sitz in Uerdingen, abzuschließen. Der Zentral-schlichtungsausschuß lehnte diesen Antrag wegen der Gegen-schlichtbarkeit der Verhältnisse ab.

Ueber diese Vorgänge gibt die „Gewerkschafts-stimme“ Nr. 6, 1897, folgende Aufklärung:

„In langen Verhandlungen, die sich bis spät abends hinzogen, beschäftigte sich am 9. März der Zentral-schlichtungsausschuß für die Delmühlenindustrie mit der Lohnregelung für Stettin und Rheinland-Westfalen.“

Für den Stettiner Bezirk kam ein Spruch zustande, welcher ab 7. März d. J. eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde bis 31. Dezember 1927 vorseht.

Schwieriger gestalten sich die Verhältnisse für den Bezirk Rheinland-Westfalen. In diesem Bezirk ist ein einseitiges und erfolgreiches Vorgehen der Tarifkontrahenten dadurch erschwert, daß sich in Neuß der sozialdemokratische Brauerer- und Mühlenarbeiterverband dazwischengeschaltet hat und Lohnpolitik auf eigene Faust machte. Den Arbeitgebern hat damals auch das Rückgrat gefehlt. Hinzu kommt, daß auch sonst die Produktionsweise, die Entlohnung, sowie auch die Lage der einzelnen Betriebe eine so verschiedene ist, daß es dem Zentral-schlichtungsausschuß unmöglich erschien, zu einem Spruch zu kommen.

Die Einwände sind zum Teil richtig. Wir betreiben Lohnpolitik für die Neusser Delmühlenarbeiter auf eigene Faust seit 1910 und zwar mit gutem Erfolg. Zu jener Zeit haben oben bezeichnete Verbände noch lange nicht an die Interessenvertretung der rheinisch-westfälischen Delmühlenarbeiter gedacht. Die „Dazwischengeschaltung“ findet hier also in umgekehrter Richtung ihre Bestätigung.

Wie liegen die Verhältnisse aber in Wirklichkeit? Im fraglichen Gebiet finden wir in der Speiseölzerzeugung etwa 1200 Arbeiter. Davon entfallen ungefähr 500 auf die Orte Goch, Cleve und Spyl, die den Margarinerwerken als Nebenbetriebe angegliedert sind, und 700 Arbeiter auf die Orte Neuß und Uerdingen. Gegen was wandten wir uns in fraglichen Versammlungen und wenden wir uns noch heute mit aller Schärfe? Nicht gegen die Bestrebungen eines Lohnbezirkstarijs schlechthin, sondern gegen einen Fehlspruch übler Art, an einem Ort gefällt, an der die betreffende Arbeiterklasse aus Indifferenzismus kein Interesse zeigt, wie dies der Kollege S. so deutlich zum Ausdruck bringt. Wer die Verhältnisse in diesem Gebiet auch nur rein oberflächlich kennt, mußte von vornherein zur Annahme gelangen, daß ein solcher Spruch, von Uerdingen ausgehend, für die anderen Orte unheilvollen Schaden anrichten muß. S. versucht die Tatsachen in seinem Artikel etwas zu entstellen und wirft alles durcheinander, so daß wir genötigt sind, eine Richtigstellung vorzunehmen.

Gehen wir auf das Ziel los, und die Fragestellung lautet hier: „Ist der Spruch in Uerdingen eine rein örtlich verunglückte Angelegenheit“, um hier S. zu folgen, oder ist er, was alle „logisch Denkenden“ aus ihm herauslesen, ein Spruch mit der Bedeutung für ein größeres Gebiet auf bezirkslicher Grundlage. Lassen wir zur Orientierung den Schiedspruch folgen:

Köln, den 21. April 1927.

Zwischen dem Verband der deutschen Delmühlen zur Wahrung ihrer gemeinschaftlichen Interessen e. V. Bezirk VI, Uerdingen, und dem 1. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 14, Köln, 2. Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter, Gau 5, Köln, fällt der in der gemäß § 13 des RZB. für die Delmühlerei vom 4. Dezember 1925 heute stattgehabten Sitzung für den Bezirk 6 (Rheinland-

Westfalen) der im Einverständnis der Parteien gebildete tarifliche Schlichtungsausschuß:

Joetten, Vorsitzender, Holz, Lersmitten, als Arbeitgeberbeisitzer, Knops, Flohr, als Arbeitnehmerbeisitzer,

folgenden Schiedspruch:

- 1. Der Stichtmannslohn beträgt ab 1. April 1927 statt 67 Pf. nunmehr 70 Pf. Die anderen Sätze errechnen sich dementsprechend nach dem bisherigen Tarif.
2. Hamm gehört zur Lohnklasse I.
3. Ueber Emmerich verhandeln die Parteien gesondert, weil das dortige Werk sich auf Akkordzahlung umstellen will. Die Verhandlungen erfolgen unverzüglich, spätestens binnen zwei Wochen.
4. Im übrigen verbleibt es bei dem bisherigen Tarif.
5. Diese Regelung ist erstmalig am 1. April zum letzten April 1928 kündbar, von da ab jeweils am Ersten zum Letzten eines Monats.
6. Dieser Spruch ist mit einer qualifizierten Mehrheit im Sinne des § 13 Fußnote 3 RZB. ergangen.
Krefeld, den 21. April 1927.
gez. Holz, gez. Flohr, gez. Dr. Joetten, gez. Lersmitten, gez. Knops.

Protokollnotiz: Für den Antrag, Hossam in die Lohnklasse I zu versetzen, ergab sich keine begründete Mehrheit. Nach Auffassung des tariflichen Schlichtungsausschusses kann der Antrag nunmehr bei dem örtlich zuständigen staatlichen Schlichtungsausschuß gestellt werden.
gez. Dr. Joetten.

Verteiler: 1. An den Verband der deutschen Delmühlen zur Wahrung ihrer gemeinschaftlichen Interessen e. V. Bezirk VI, Uerdingen.
2. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 14, Köln.
3. Zentralverband christlicher Fabrik- u. Transportarbeiter, Köln.

Um S. nun wirklich davon zu überzeugen, daß es sich um einen Schiedspruch auf bezirkslicher Grundlage handelt, lassen wir einen Auszug aus der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ folgen, in der dieser Schiedspruch kommentiert wird:

„In Nr. 6 der „Gewerkschaftsstimme“ haben wir bereits hingewiesen auf die Schwierigkeiten im Bezirk Rheinland-Westfalen. Dort hatten sich die Verhältnisse so gestaltet, daß ein Bezirkslohnvertrag nicht mehr bestand. Selbst die Verhandlungen im Zentral-schlichtungsausschuß führten zu keiner Verständigung. Nach mehrmaligen Verhandlungen kam dann unter dem Vorsitz des ständigen Schlichters ein Bezirksvertrag zustande, nach welchem der Stichtmannslohn ab 1. April 1927 70 Pf. beträgt. Die anderen Sätze errechnen sich dementsprechend nach dem bisherigen Tarif. Hamm gehört zur Lohnklasse I. Ueber Emmerich verhandeln die Parteien gesondert, weil das dortige Werk sich auf Akkordzahlung umstellen will. Die Verhandlung erfolgt unverzüglich spätestens binnen zwei Wochen. Im übrigen verbleibt es bei dem bisherigen Tarif. Diese Regelung ist erstmalig am 1. April zum letzten April 1928 kündbar, von da ab jeweils am Ersten zum Letzten eines Monats. Dieser Spruch ist mit einer qualifizierten Mehrheit ergangen.“

Bedeutungsvoll an diesem Spruch ist der Hinweis auf die qualifizierte Mehrheit, was bedeutet, daß die Arbeiterführer für diesen Fehlspruch gestimmt haben, und was zur weiteren Folge hat, daß er auf Grund der Bestimmungen des Rahmenvertrages Verbindlichkeit erlangt.

Aus diesem Tatbestand haben wir die einfache und richtige Schlussfolgerung gezogen, und zwar die, daß die ferneren Bewegungen ungemein gehindert werden und die Unternehmer in Neuß, sofern sie der Vereinnahmung angehören, immer unter Berufung auf diesen Schiedspruch die Löhne kürzen können.

Wir fanden die Bestätigung dieser Auffassung bei nachträglichen Verhandlungen mit den Neusser Delmühlen über Lohnzulagen während der Vertragszeit, wobei uns klipp und klar erklärt wurde, daß auf Grund der bezirkslichen Vereinbarungen nur ein Lohn von 70 Pf. zu zahlen sei, wenn dies bislang noch nicht erfolgte, so deshalb, weil die Neusser Delmühlen der Vereinigung noch nicht offiziell angeschlossen und weil man unliebsame Differenzen mit den Belegschaften vermeiden wolle.

In dem Artikel von S. finden wir noch eine Stelle, wo er sich wörtlich wie folgt äußert: „Im Schlichtungsverfahren setzte der rheinische Schlichter später einen Spitzenlohn für den Ort Uerdingen von 70 Pf. fest. Zugleich wurde aber auch festgestellt, daß die Orte Goch, Cleve und Spyl, die zu dem gleichen Lohnbezirk gehören, nach dem Margarinetarif I. Ortsklasse bezahlt werden.“

Der erste Satz ist durch den Wortlaut des Schieds-spruches vollständig widerlegt, und gegen den letzten Satz und seine verrückten Methoden hat unsere Kritik eingeleitet, nicht etwa deshalb, weil wir den Kollegen in oben bezeichneten Orten den Spitzenlohn von 94 Pf nicht gönnen, sondern deshalb, weil die anderen Orte, wie Uerdingen, mit stark industriellem Einschlag und deshalb mit erhöhter Lebenshaltung auf 70 Pf. Stichtmannslohn hängen geblieben sind.

Senkfeil wird nunmehr unsere Aufregung verstehen, sie wurzelt in der Tatsache, daß uns durch einen Fehlspruch, der sogar die Zustimmung der Arbeitervertreter trägt, die Wege zur Erreichung besserer Lohnbedingungen verbaut werden sollen. Unsere Kollegen in Neuß werden diese Gefahren unter allen Umständen abzuwenden verstehen. W. F.

Aus der Industrie.

Fusion Kahlbaum-Kantorowicz.

Die seit einiger Zeit zwischen der Hartwig Kantorowicz wicz Akt.-Ges. und der E. A. F. Kahlbaum Akt.-Ges. schwebenden Fusionsverhandlungen sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Die E. A. F. Kahlbaum Akt.-Ges. übernimmt die Hartwig Kantorowicz Akt.-Ges. Sie erhöht zu diesem Zweck ihr Kapital auf 7 500 000 RM. und ändert ihre Firma in „Hartwig Kantorowicz-E. A. F. Kahlbaum Akt.-Ges.“ Die E. A. F. Kahlbaum Akt.-Ges. hat vor ganz kurzer Zeit das Aktienkapital von 1 um 5 auf 6 Millionen Mark erhöht. Für diese 5 Millionen Mark Aktien, die zum Kurse von 106 Proz. begeben worden sind, hat die Schultheiß-Baehner Akt.-Ges. der

Wesentlichen Teil ihres Aktienunternehmens, der sich mit der...

Fusion Schlegel-Scharpenseel-Brauerei-Bürgerliches Brauhaus.

Die Generalversammlungen der beiden Gesellschaften am 28. Juli...

Aus Beruf und Betrieb.

Der Spitalmeister als Arbeitgeber.

Der geistliche Spitalmeister Herr Leingärtner in Regensburg, hat am 15. Mai nach achtstägiger Kündigung den Mälzer...

In der Einigungsverhandlung fehlte die Vertretung der Spitalbrauerei...

Auf die Zuschrift vom 19. d. M. im nebenbezeichneten Betreff habe ich zu erwidern...

Richtig ist, daß ich den Mälzer Baumann ab 15. Mai bis zum Wiederbeginn...

Nun, Kollegen von Rathenow, durch euer einiges Auftreten habt ihr einen vollen Erfolg erzielt...

Bewegungen im Berufe.

Zum Streik der Rathenower Brauereiarbeiter.

Am Freitag, dem 29. Juli 1927, traten die Arbeiter der Engelhardt-Brauerei in Rathenow in den Streik...

Im August 1924 wurde mit der Firma ein Abkommen getätigt, in dem die Lohnregulierung in der Weise festgelegt wurde...

Was in den langwierigen Verhandlungen nicht erreicht werden konnte, wurde durch einige Stunden Streik voll erzielt...

Aus der Organisation.

Verbandsjubiläum der Zählstelle Bamberg.

Die hiesige Zählstelle beging am Sonntag, dem 24. Juli, ihr 30jähriges Stiftungsfest. Trotz der unfreundlichen Witterung...

Rundschau.

Trinkt deutschen Wein!

Das Plakat mit dieser Aufforderung findet man auch auf der Höhe „Preußen“, die den Verkehr zwischen Saalfeld und...

deutschen Wein zu trinken. Er konnte deutschen Wein nicht erhalten, weil keiner an Bord war...

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 40, Reichstagsgasse 3. Fernsprecher: Hanja 4934.

33. Beitragswoche vom 7. bis 13. August.

Abrechnung vom 2. Quartal 1927

fehlt noch von folgenden Ortsvereinen: Bernstadt, Münsterberg, Leobschütz, Ottmachau, Lychen, Schwiebus, Storkow, Flatow, Greifswald, Bremervörde, Frankenhäuser, Pöbner, Kaufbeuren, Waldshut, Lauterbach in Hessen.

Die säumigen Ortsvereine werden hiermit aufgefordert, die Abrechnung umgehend einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse

vom 1. bis 8. August.

(Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079, Brauerei- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin RW 40.) Berlin 141, - und 18 000, - und 581,42, Aulendorf 387,50, Ingolstadt 637,70, Königsberg i. Pr. 5,40, Stieberg 38, - Halle 700, -

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Greifswald, Kass. Heinrich Raschweg, Rotgerberstr. 2. Staßfurt, Kass. Paul Bräuning, Andreasstr. 4.

Briefkasten.

Geißler, Bialler, Gbart: Aufsätze möglichst zurückgestellt werden zur nächsten Nummer der „Verbands-Zeitung“.

Nachruf. Am 29. Juli verschied nach langer Krankheit unser Kollege Hermann Duth, Bierfabrik der Brauerei Schullheiß-Papenhofen. Ehre seinem Andenken. Ortsverein Dessau.

Unserm Kolleg. Alois Fröhler, Chauffeur, und seiner lieben Frau zur Vermählung, dem Kolleg. Georg Bauer, Oberbrenner, zum 25. Jahr, und dem Kolleg. Albert Hiesler, Bierbrenner, zum 30jährigen Arbeitsjubiläum, sämtlich Brauhaus Amberg, nachträglich die besten Glückwünsche.

Unserm Kolleg. Wilhelm Gögge nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kolleg. der Posten-Brauerei, Abt. Neumünster. Zählstelle Neumünster.

Unserm Kolleg. Ferd. Schneider nebst seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachträglich die besten Glückwünsche. Die Kollegen der Zählstelle Delitzsch i. B.

Unserm Verbandskollegen Hans Bauer und seiner lieben Anna zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ferner den Neuberndörfern zu ihrem Unternehmen im „Bären“ in Juffenhausen einen guten Geschäftsgang. Einige Kollegen der Brauerei Leitzsch, Waißingen a. F.

Unserm Kollegen Karl Friedrich, Stadler, und seiner lieben Frau Auguste zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Zählstelle Vöhrum.

Brauerschuhe

aus la Reinrindleder, ohne Hinternast m. Wasserläsche, Stokklappen u. dopp. starken Buchenholzsohlen, ca. 18 cm hoch, fertigt als Spezialität und empfiehlt zu Nr. 7, - das Paar Max Neukam, Holzschuhfabrik, Kulmbach.

Der unbekannte Brauerholzschnitz

mit 2 Schnall. in glattem Rindleder. Unbescholt 7,25 Mr. Bescholt 8,75 Mr.

Bei 8 Paar 1/2, franco Sockenschützer 1,60 Mr. meirich Schäfer, Hanau Schmirer. 5.

Brauerschuhe

mit Doppelsohlen Nr. 7,50. M. Mörbitz, Dessau, Agnesstraße 1.

Brauerschuhe

aus Reinrindleder, wasserfest, extra starke Holzsohlen Paar 7, - Mr. Berl. d. Nachnahme Goddenhauer Billigt. Fellureiter, München, Ledererstr. 5 II.

JOHANN HARDERS / Holzschuhfabrik Altona-E., Adolfstr. 28. Hier la kräftig, Rindleder mit Absatz, extra, Lebersohle u. mit Nägeln versehen, p. Paar RM 7, - extra. 80 cm Schaftgröße 26-31 cm RM 12, - 45 cm Schaftgröße 26-31 cm RM 17, - Auf Wunsch auch mit Stokklappe ohne Mehrkosten. / 3 Paar franco.

Bestfedern 1 Kilo graue geschliffene G.-M. 5, -; halbweiße G.-M. 4, -; weiße G.-M. 5, -; bessere G.-M. 6-7; damenweiße G.-M. 8, - bis 10, -; beste Sorte G.-M. 12, - bis 14, -; weiße ungeschliffene Bestfedern G.-M. 7, - 9,50, 11, - Versand franco, gültig gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch oder Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhmen.

Die Qualitätszigaretten THADMOR 4 PI ARBEITERSPORTLER 4 PI aus dem Konsumverein: ZERONTH 5 PI.